

Bozen von Kriegsende bis zur Gegenwart

Der schwierige Neubeginn

Das Ende des Zweiten Weltkrieges bedeutete für die Bevölkerung von Bozen die Notwendigkeit und die Chance eines Neuanfangs, der allerdings unter schwierigen Voraussetzungen stattfand.

Da waren zunächst die materiellen Schäden: Mit Treviso gehörte Bozen zu den am stärksten durch den Bombenkrieg beschädigten oberitalienischen Städten [Abb. 73]. Von den Zerstörungen betroffen waren vor allem die Zone um den Bahnhof, Teile der Altstadt und die Anlagen in der Industriezone.

Im Laufe der vergangenen zwanzig Jahre hatte sich die ethnische Zusammensetzung der Stadtbevölkerung grundlegend verändert. Die italienischsprachige Bevölkerung war von einer kleinen Minderheit zur zahlenmäßig stärksten Gruppe geworden, die im Jahr 1951 76% der Einwohnerschaft betrug. Damit war Bozen als Landeshauptstadt gleichzeitig eine Besonderheit im weiterhin mehrheitlich deutschsprachigen Land, in dem die italienischsprachige Bevölkerung im gleichen Zeitraum etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachte. Die Besonderheit Bozens war und ist umso bedeutsamer, da es sich um die Landeshauptstadt handelt, in der rund ein Viertel der Südtiroler Bevölkerung lebte und lebt.

Auch die Stadt selbst war ethnisch segmentiert, die Wohnviertel der deutsch- und italienischsprachigen Bevölkerung waren relativ klar voneinander abgegrenzt und definiert. Die sprachlichen Unterschiede korrelierten darüber hinaus mit einer sozialen Verschiedenheit: Während

die deutschsprachige Stadtbevölkerung mehrheitlich im Handel und Gewerbe tätig war, konzentrierte sich die italienischsprachige Bevölkerung auf den industriellen Sektor und den Staatsdienst. Es handelte sich letztlich um ein Fortleben der sozialen Segmentierung wie es der faschistischen Ideologie des Korporativismus entsprochen hatte. Das Zentrum des deutschsprachigen Handels war die Altstadt, an den Rändern der Stadt (Gries und Rentsch) siedelte die bäuerliche Bevölkerung. Die italienischen Beamten konzentrierten sich vorwiegend um den Siegesplatz und in Quirein, während die Arbeiterschaft in Oberau und in den Semirurali wohnten. Diese Tendenz zur sozialen und ethnischen Segmentierung blieb auch in den folgenden Jahrzehnten wirksam und lässt sich in abgeschwächter Form bis in die Gegenwart feststellen.

Diese sozialen und kulturellen Unterschiede zwischen den beiden Sprachgruppen erschwerten die Verständigung und ließen Platz für Vorurteile.

Die Voraussetzungen für das Zusammenleben der beiden Sprachgruppen waren auch in mentaler Hinsicht belastet. Die Erinnerung an die Jahre des italienischen und deutschen Faschismus war in den beiden Sprachgruppen sehr unterschiedlich und nicht dazu geeignet, die eigene Verantwortung am Geschehenen zu sehen und die andere Gruppe zu verstehen. Vielmehr versuchten beide Seiten sich durch eine pauschalisierende Schuldzuweisung der jeweils anderen Sprachgruppe aus der Affäre zu ziehen, was zur Folge hatte, dass nicht nur eine ehrliche Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit unterblieb, sondern auch die Entfaschisierung und Entnazifizierung der Politik und öffentlichen Verwaltung in Südtirol äußerst oberflächlich und immer durch die ethnische Brille bestimmt, durchgeführt wurde.

Kontinuitäten und Brüche

Nach dem Krieg setzte sich die Zuwanderung von Menschen in die Stadt Bozen fort. Die Zunahme konzentrierte sich allerdings auf die italienischsprachige Bevölkerung, da ein Wachstum der deutsch-

sprachigen Bevölkerung durch einen Zuzug vom Land bis zum Inkrafttreten des Zweiten Autonomiestatutes nur sehr zögernd einsetzte. Auch nach dem Krieg bot nämlich die Industriezone in Bozen Arbeitsperspektiven für ZuwandererInnen aus vorwiegend süditalienischen Provinzen. Bozen verzeichnete in den Jahren zwischen 1946 und 1955 eine jährliche Zuwachsrate von über 2%, d.h. in den Jahren zwischen 1946 und 1955 wuchs die Einwohnerzahl der Stadt von 61.778 auf 76.906. Diese Zunahme der Bevölkerung ist zunächst als allgemeine Nachkriegerscheinung zu sehen, die sich im ganzen Land zeigte. Die Tatsache, dass sie sich in der Stadt Bozen allerdings weitgehend auf die italienische Sprachgruppe beschränkte, führte zu einer Verschärfung der ethnischen und auch sozialen Spannungen und zu harten politischen Polemiken, in denen sich grundsätzlich folgende Positionen gegenüberstanden: Dem Vorwurf der deutschsprachigen Seite, der italienische Staat fördere bewusst die Zuwanderung der ItalienerInnen in Südtirol und setze damit die Majorisierungspolitik des italienischen Faschismus fort, hielten die Vertreter der italienischen Sprachgruppe entgegen, dass es sich bei diesem Zuwanderungsprozess um ein ganz natürliches Phänomen der Arbeitsmigration von wirtschaftlich stagnierenden in prosperierende Gebiete handle und insofern ein grundlegendes Recht jedes Staatsbürgers darstelle.

Die Problematik des Bevölkerungszuwachses wurde durch die kriegsbedingte Wohnraumnot verschärft. So entstanden in den unmittelbaren Nachkriegsjahren an mehreren Orten der Stadt Notlösungen: Barackensiedlungen (Haslach, Genuastraße, Bozner Boden), Unterkünfte für die Rücksiedler in Rentsch, Haslach und an der Reschenstraße und die spontane Nutzung leerstehender z.T. baufälliger Gebäude [Abb. 74, 75, 76, 77]. So wurde auch das Areal des ehemaligen Polizeilichen Durchgangslagers in der Reschenstraße bis in die späten 60er Jahre hinein zu Wohnzwecken genutzt, wobei die Menschen dort unter sehr prekären Bedingungen lebten.

Am 11. Juni 1948 wurden in Bozen die ersten freien Wahlen nach dem Krieg abgehalten. Im Gemeinderat waren in der Folge die Democrazia Cristiana (DC), die Sozialistische Partei (PSI), die Sozialdemokratische Partei (PSDI), die Kommunistische Partei (KPI), der neo-faschistische Movimento Sociale Italiano (MSI) und die Südtiroler Volkspartei (SVP) vertreten. Die Stadtregierung bestand aus einer Koalition zwischen DC, PSI, KPI und SVP. Eines der dringendsten Probleme der mehrheitlich italienischsprachigen Stadtverwaltung war die Schaffung von Wohnraum für die wachsende Stadtbevölkerung. In diesem Bestreben wurde die Stadt auch von staatlichen Fördermaßnahmen unterstützt.

Das Wachsen der Landeshauptstadt in den 50er Jahren vertiefte die Spannungen zwischen der Stadt und dem Land Südtirol. Der Bedarf an Wohnraum und die Wohnbaupolitik wurden zum bevorzugten Feld der ethnischen Konfrontation. Verschärft wurde die Polemik noch zusätzlich durch die Rückoptanten, die seit 1948 wieder legal nach Südtirol zurückkommen durften [Abb. 78]. Letztlich lief es häufig darauf hinaus, politische und ethnische Machtkonkurrenz auf dem Rücken der sozial Schwachen auszutragen: der italienischsprachigen Arbeiterschaft einerseits und der besitzlosen deutschsprachigen Rückoptanten andererseits. Dabei wurde das Problem durch die Presse der beiden Sprachgruppen jeweils spiegelverkehrt interpretiert: „*Dare casa ad un rioptante significa toglierla ‘ai senzatetto’ qui residenti [...] co-stringerebbe i lavoratori qui residenti a fare le valigie.*“¹ „*Dass die undisziplinierte Zuwanderung eines der Hauptbindernisse ist für die endliche Rückführung der vom Faschismus und Nazismus aus dem Land gedrängten Südtiroler [...] ist ja schon zur Genüge gesagt worden.*“²

Die seit der Erfahrung des italienischen Faschismus noch stärker gewordene Feindlichkeit gegenüber Industrie und Urbanität auf der Seite der deutschsprachigen SüdtirolerInnen fand nun in der Bevöl-

1 Alto Adige, 5.11.1949

2 Dolomiten, 7.6.1951

kerungsentwicklung, sowie der Wohnbaupolitik und Stadtplanung Bozens ihr bevorzugtes Angriffsziel. Kanonikus Michael Gamper, der schon den bis heute symbolisch sehr wirksamen Begriff „Katakombenschule“ geprägt hatte, gab 1953 in der deutschsprachigen Presse ein neues Schlagwort aus: „*Es ist ein Todesmarsch, auf dem wir Südtiroler uns befinden, wenn nicht noch in letzter Stunde Rettung kommt.*“³ Die sogenannte „Todesmarsch“-Parole prägte die Politik der Südtiroler Volkspartei bis in die 60er Jahre hinein. Die ethnische Psychose ist auch vor dem Hintergrund der Migration deutschsprachiger Südtiroler aus dem bäuerlichen Milieu in das „Wirtschaftswunderland“ Deutschland sowie in die Schweiz und später auch nach Österreich zu sehen, die im Jahrzehnt zwischen 1955 und 1965 ihren Höhepunkt erreichte. Im Jahre 1956 wurde die Heimatfernenstelle innerhalb des Katholischen Verbandes der Werktätigen (KVW) eingerichtet. So realisierten sich in den Nachkriegsjahren innerhalb der beiden großen Sprachgruppen in Südtirol durchaus parallele und gleichzeitig entgegengesetzte Entwicklungen: Während die italienische Bevölkerung durch die Arbeitsmigration nach Südtirol zunahm, verließen viele Südtiroler aus dem gleichen Grund ihre Heimat Richtung Norden.

Eskalation der Konflikte und Verständigung

Das Erste Autonomiestatut von 1948 hatte die Erwartungen und Forderungen der deutschsprachigen SüdtirolerInnen nicht wirklich erfüllt. Die Provinz Bozen hatte im Verhältnis zur im Februar 1948 konstituierten autonomen Region Trentino-Tiroler Etschland nur sehr begrenzte Befugnisse. In der zweiten Hälfte der 50er Jahre und zu Beginn der 60er Jahre war Südtirol ein dauerndes Spannungsfeld. Im November 1957 wurde in der von der SVP veranstalteten Kundgebung auf Schloss Sigmundskron das „Los von Trient“ ausgegeben. Es war naheliegend, dass sich der ethnopolitische Konflikt vor allem am „Pro-

³ Dolomiten, 28.10.1953

blem Bozen“ entzündete. Der Auslöser für die Kundgebung auf Schloss Sigmundskron war die Ankündigung des italienischen Ministers für öffentliche Arbeiten, Togni, in Bozen ein mit 2,5 Milliarden dotiertes Wohnbauprogramm zu starten. 1959 traten die Vertreter der SVP aus Protest gegen die Praxis des Volkswohnbaus aus dem Regionalrat aus. In den folgenden Jahren kam es zu einer Reihe von Sprengstoffanschlägen gegen Objekte, die für die deutschsprachige Bevölkerung Symbole der fortgesetzten italienischen Kolonialisierungspolitik darstellten: Elektromasten und Volkswohnbauten. So explodierte am 8. April 1959 eine Sprengladung in einem Wohnhaus-Rohbau (INA-Casa) in der Sassaristraße 8 [Abb. 79]. Der Beginn der Anschläge stand im Zusammenhang mit dem Tiroler Gedenkjahr zum 150. Todestag von Andreas Hofer. Weitere Anschläge in Meran und Bozen folgten: Im Dezember 1960 war ein Volkswohnbau in der Bozner Palermostraße betroffen. In der Nacht vom 11. auf den 12. Juni 1961 – der sogenannten „Feuernacht“ – wurde die Stromversorgung der Landeshauptstadt lahmgelegt.

Der österreichische Staatsvertrag von 1955 hatte dem nunmehr souveränen Staat Österreich seine außenpolitische Handlungsfähigkeit zurückgegeben, auf die sich die deutschsprachigen Südtiroler in Zukunft berufen konnten. In den Jahren 1960 und 1961 befasste sich die UNO auf Initiative Österreichs in zwei Resolutionen mit dem Südtirolproblem.

Trotz des massiven Eingreifens der italienischen Sicherheitskräfte gegen die Sprengstoffattentäter, die zu zahlreichen Verhaftungen mit anschließenden Folterungen führten und Demonstrationen zur Wahrung der „Italianità“, kam es zu keiner gewaltsamen Konfrontation zwischen den Volksgruppen.

Ein Grund dafür lag auch in dem Umstand, dass die deutschsprachige Bevölkerung von Bozen zwar die Begrenzung des Ersten Autonomiestatutes mehrheitlich ablehnte, aber doch weniger mit den Attentätern sympathisierte als etwa die Bevölkerung auf dem Land. Gleichzeitig lösten diese Aktionen natürlich auch Ängste innerhalb der italienisch-

sprachigen Bevölkerung aus. Der beachtliche Erfolg von 16%, den die neofaschistische Partei Movimento Sociale Italiano (MSI) bei den Gemeinderatswahlen in Bozen im Jahre 1961 verzeichnen konnte, kann als Indiz dafür gelten.

Ab 1964 beruhigte sich die Situation und die Kompromissbereitschaft der beiden Konfliktpartner Italien und Österreich als Schutzmacht Südtirols nahm konkrete Formen an. In den bilateralen Verhandlungen der folgenden Jahre wurde der Weg zum zweiten, umfassenden Autonomiestatut des Jahres 1972 gelegt.

Die kontrollierte Ausdehnung der Stadt

Für die Stadt Bozen bedeutete die Verabschiedung des Zweiten Autonomiestatut, welches dem Land weitreichende Kompetenzen übertrug, zunächst eine Verschärfung der Konfliktebene zwischen Provinz und Landeshauptstadt. Die politischen Auseinandersetzungen um die verschiedenen Bauleitpläne und -programme der Stadt sowie das Schlagwort von „*Bolzano frenata, Bolzano bloccata*“ machten deutlich, dass ethnopolitische Konfrontationen und die Auseinandersetzung zwischen städtisch-industrieller und ländlich-agrarischer Realität und Mentalität weiterhin miteinander verknüpft wurden und virulent blieben.

Der politische Widerstand gegen Enteignungen von landwirtschaftlichem Grund, vorgebracht von einer nun weitaus selbstbewussteren und handlungsfähigeren Landesregierung, brachte auch das Konzept der extensiv bebauten Semiruralizone in Krise.

Bis 1957 wohnten in der – immer noch deutlich von der Stadt abgesetzten – Semiruralizone in 1.000 Wohnungen insgesamt etwa 4.000 Menschen. Auch das Leben in dieser Siedlung war von Kontinuitäten und Brüchen geprägt. Einerseits wurden auch nach dem Kriegsende noch Wohnungen fertiggestellt und italienischsprachige ZuwandererInnen siedelten sich dort an. Andererseits hatten sich die politischen Rahmenbedingungen doch entscheidend geändert. Die Siedlung stand nun nicht mehr unter dem Protektorat des faschistischen Regimes, was

für das Alltagsleben der BewohnerInnen eine große Veränderung bedeutete. Das soziale und kulturelle Leben des Viertels musste neu aufgebaut und organisiert werden, wobei jetzt nicht mehr die Orientierung am Regime, sondern die Bedürfnisse der BewohnerInnen und ihre Integration in das Stadtgefüge im Mittelpunkt standen.

Das sich bereits in öffentlicher Hand befindliche Areal sollte also intensiver genutzt werden: Bereits Ende der 50er Jahre waren die ersten größeren Gebäude in der Parma- und der Sassaristraße entstanden. Der Bozner Bauleitplan von 1964 sah den Abbruch der gesamten Semiruralizone vor; an der Stelle der kleinen Zwei- und Vierfamilienhäuser sollten höhere und größere Wohnblöcke treten [Abb. 80]. Außerdem war die Errichtung einer Wohnbauzone zwischen Drusus- und Reschenstraße geplant: das spätere Europaviertel, in dem die ersten bis zu fünfzehnstöckigen „Wolkenkratzer“ stehen sollten.

Mit der Realisierung dieser Bauvorhaben konnte jedoch erst nach Verabschiedung des Zweiten Autonomiestatutes und der Wohnbaureform (beides 1972) begonnen werden.

Bereits seit 1970 begann man allerdings mit der systematischen Entleerung der Semiruralizone [Abb. 81]. Wohnungen, deren BewohnerInnen weggezogen oder gestorben waren, wurden nicht mehr besetzt, um Abbruch und Neubau vorzubereiten.

Für die Bevölkerung der Stadt, die an chronischem Mangel an Wohnraum litt, wurden diese leerstehenden Häuser zur Provokation. Ende Mai 1975 kam es zur Besetzung einiger Semiruralihäuser durch wohnungssuchende Familien. Über ein halbes Jahr lang wurden die leerstehenden Wohnungen von über 50 Familien besetzt.

Die ehemalige Semirurali-Zone wurde dann durch den Bauleitplan von 1976 reguliert. Vorgesehen wurden an Stelle der bestehenden 800 Wohnungen 2.000 neue Wohneinheiten für rund 7.000 Menschen. Für die Neustrukturierung lagen verschiedene Konzepte vor: Eines, das durch relativ dicht stehende Hochbauten die Urbanität unterstreichen wollte und ein zweites, das – sich am Modell der englischen Gartenstadt orientierend – kleinere Wohneinheiten, die sich um begrenzte Innen-

höfe gruppierten, vorschlug. In der Diskussion um diese unterschiedlichen Modelle des Volkswohnbaues wurden auch die verschiedenen Interessenlagen zum Thema „Wohnen in der Stadt“ deutlich: da war die ästhetische Argumentation der Architekten, daneben stand die Kosten-Nutzen-Rechnung der Politiker und nicht zuletzt ging es auch um die verschiedenen Vorstellungen von und Bedürfnisse an Wohnqualität der BewohnerInnen.

Der Beginn einer gemeinsamen Geschichte: Kontakte und Konflikte

1971 stand Bozen am Höhepunkt seiner Bevölkerungsentwicklung und zählte rund 107.000 EinwohnerInnen. Die Verabschiedung des Zweiten Autonomiestatutes 1972 signalisierte auf politischer Ebene zunächst zweifellos ein Klima der ethnischen Entspannung, das zudem durch eine Phase der wirtschaftlichen Prosperität unterstützt wurde.

Die 70er Jahre waren für Südtirol insgesamt eine Phase des wirtschaftlichen Aufschwunges. Den größten Zuwachs erlebte dabei der Bereich der Dienstleistungen, während sich in der Landwirtschaft ein beschleunigter Modernisierungs- und Schrumpfungsprozess vollzog. Die Betriebe in der Bozner Industriezone expandierten bis zum Beginn der 70er Jahre und kamen auf der Suche nach Arbeitskräften auch in die umliegenden Dörfer und Täler von Bozen. Deutschsprachige Arbeiter aus dem bäuerlichen Milieu, v.a. aus dem Sarntal kamen in die Industriezone. Auch wenn ihr Anteil nie über 10% hinausging, wurde damit doch erstmals eine Grenze überschritten. Die Industriezone war kein rein italienisches Phänomen mehr. Die Kontakte zwischen deutsch- und italienischsprachigen Arbeitern waren allerdings begrenzt. Bei den deutschsprachigen Arbeitern handelte es sich hauptsächlich um Pendler, die nicht in Bozen wohnten, sondern täglich von ihrem Wohnort in die Stadt und zurück pendelten. Die Betriebe der Industriezone hatten zu diesem Zweck einen eigenen Pendlerdienst eingerichtet. Ab Mitte der 70er Jahre begannen sich in der Bozner Industriezone die er-

sten Krisenerscheinungen zu zeigen. Vorher allerdings manifestierte sich dort seit Mitte der 60er Jahre eine politische Mobilisierungsphase, mit Streiks und Protestkundgebungen, die auf die gesamte Stadt ausstrahlten. Viele Jugendliche und StudentInnen beider Sprachgruppen erlebten diese „heiße Phase“ als Beginn der eigenen Politisierung, die europaweit unter dem Schlagwort der 68er zum Begriff wurde.

Die in den 70er Jahren einsetzende allgemeine kulturelle Öffnung in Bozen ist auch in diesem Zusammenhang zu sehen. In dieser Zeit beginnen in der Stadt Bozen zweisprachigen Initiativen zu entstehen, vor allem Jugendliche beider Sprachgruppen suchten den Dialog und den Kontakt.

Eine der wichtigsten Ebenen für das Zusammenwachsen der beiden Sprachgruppen befand sich jedoch abseits von Arbeit und Politik. Vor allem in der Stadt Bozen wählten immer mehr Menschen ihre/n Ehepartner/in auch aus der anderen Sprachgruppe. Das Phänomen wurde zwar von Medien und Politik bisweilen misstrauisch beobachtet und auch offen kritisiert, ließ sich aber doch nicht verhindern, denn die Menschen ließen sich in ihren privaten Entscheidungen eben nicht von politischen Leitlinien bevormunden.

Unsichtbare Grenzen

Trotz dieser punktuellen Zunahme von Kontakten und gemeinsamen Realitäten blieben sich die Sprachgruppen auch in den 70er und 80er Jahren weiterhin weitgehend fremd. Nach wie vor gab es in Südtirol und insbesondere in Bozen zwei „*nebeneinander und auch gegeneinander existierende Parallelgesellschaften*“⁴, deren Kontakte episodenhaft und fragil bleiben.

Gerade die Industriezone und auch die Zone der Semirurali blieben für die deutschsprachigen BoznerInnen nach wie vor fremdes Terrain, dem man sich nur mit Vorsicht näherte. Folgende Erinnerungen zei-

⁴ LANGER A. 1996, S. 171

gen dies anschaulich. Hansjörg Viertler, 1968 Schüler an der Handelsoberschule in Bozen und als solcher auch politisch aktiv, erinnert sich: „[...] *ich habe überhaupt keine italienischen Freunde in Bozen gehabt, wir haben in einer Abgeschlossenheit gelebt, die nicht viel besser war als zu Hause in Sexten. Wir haben uns zum Beispiel nicht mal in die Bozner Industriezone getraut, die war tabu für uns.*“⁵

Die Erinnerungen des Bozners David Casagrande sind sehr ähnlich: „*Wenn ich als Schulbub in ganz besonders abenteuerlustiger Stimmung war, hab ich mich mit dem Fahrrad hingetraut. Den Kopf voller Schauergeschichten über messerstechende Südländer, fühlte ich mich wie ein Apache mitten im feindlichen Kiowalager. [...] Inzwischen wohne ich selbst da, seit 11 Monaten, im vorletzten Abschnitt der Mailandstraße, an der Nahtstelle zwischen dem Don-Bosco-Viertel, dem Shanghai meiner Kindertage, und der Europa-zone, dem neuerbauten Stadtteil.*“⁶

Josef Stricker, Arbeiterpriester und in den 70er Jahren selbst als Arbeiter und später als Gewerkschaftsbeauftragter in und mit der Bozner Industriezone beschäftigt, erzählt, dass er anlässlich einer Kundgebung in der Industriezone sein Auto vorsichtshalber schon vor der Rombrücke abgestellt habe, denn jenseits der Brücke schien ihm die Gefahr groß, dass es beschädigt oder gestohlen werden könnte.

Fremdheit und Ferne drücken auch die Namen für diese Bozner Stadtteile aus: Shanghai für das Semiruralviertel, Bronx und Manhattan wurden gängige Bezeichnungen für das neu entstandene Europaviertel mit seinen Hochhäusern und Stadtautobahnen.

Nicht nur die Bozner Bevölkerung nahm diese Fremdheit wahr, auch für viele Menschen vom Land, die durch die Drususstraße in die Landeshauptstadt fuhren, waren die entstandenen „Wolkenkratzer“ Symbole eines unbekanntem Terrains.

⁵ Tageszeitung, 30.12.1998

⁶ Sturzflüge 4 (1983), S. 13

Gleichzeitig wurde gerade dieses neue Viertel für viele deutschsprachige Südtiroler Familien zum neuen Wohnort. Durch die Verschiebungen in der Wirtschaftsstruktur in diesen Jahren, insbesondere der Ausweitung des Dienstleistungsbereiches wurde die Stadt vermehrt zum Arbeitsort und in der Folge auch zum Wohnort vieler Menschen aus den umliegenden aber auch fernerer Dörfern. Die Situation dieser deutschsprachigen Familien wies zweifellos einige Ähnlichkeiten mit dem Leben in der ehemaligen Semiruralzone auf, so etwa die Erfahrung des „Ghettodaseins“, des Lebens in einer als fremd empfundenen Umgebung und insofern vielleicht auch ein stärkerer Zusammenschluss innerhalb der eigenen Gruppe, wobei diese „eigene“ Gruppe durchaus heterogen war. Dies galt für die italienischsprachigen BewohnerInnen der Semirurali mit ihren unterschiedlichen Herkunftsgemeinden genauso wie für die deutschsprachigen BewohnerInnen der neu errichteten Stadtviertel, die aus verschiedenen Dörfern und Tälern mit unterschiedlichen Dialekten etc. kamen.

Die Stadt in der Krise

Die allgemeine wirtschaftliche Rezession ab Mitte der 70er Jahre machte sich in Bozen stärker bemerkbar als im übrigen Land und schlug sich dort auch in besonderer Weise in ethnischen Frontstellungen nieder. Die Verschiebung der Wirtschaftsstruktur hin zum Tertiärsektor ging in der Landeshauptstadt vor allem auf Kosten des produzierenden Gewerbes, mit vorwiegend italienischsprachigem Beschäftigtenanteil und betraf deshalb die italienische Sprachgruppe stärker als die deutschsprachigen BewohnerInnen. Um das Jahr 1980 begann sich das Wachstum der Südtiroler Wirtschaft deutlich zu verlangsamen und stagnierte in den folgenden Jahren. Bozen wurde durch die Industriezone zum „Krisengebiet“ des Landes. Einige der größten Betriebe in der Grundstoff- und der metallverarbeitenden Industrie kamen in Schwierigkeiten, so etwa die Lancia-Iveco und die Alumina. Es kam zu zahlreichen Entlassungen und bei Alumina konnte nur durch Landessubventionen die Stilllegung

verhindert werden. Da es keine anderen Betriebe in diesen oder ähnlichen Produktionsbereichen gab, war es für die entlassenen Arbeiter nahezu unmöglich gleichwertige Arbeitsplätze zu finden.

Die wirtschaftliche Stagnation bzw. Rezession wirkte sich auch auf die Bevölkerungsentwicklung der Stadt aus: Die Einwohnerzahl von Bozen begann seit dem Jahr 1975 ständig zu sinken.

Der ständig wachsende Dienstleistungsbereich wurde sowohl für die deutsch- wie auch für die italienischsprachige Bevölkerung zum wichtigsten Beschäftigungsfeld. 1976 wurden die Durchführungsbestimmungen zum ethnischen Proporz und zur Zweisprachigkeit erlassen. Zunehmend besetzten daraufhin deutschsprachige SüdtirolerInnen auch Stellen in der öffentlichen Verwaltung. Auch diese Tendenz kam vor allem in Bozen als Verwaltungszentrum zum Tragen. Erstmals kam es also zu einer Aufweichung der traditionellen Arbeitsbereiche für Deutsch- und Italienischsprachige. Gemeinsame Arbeitsplätze für beide Sprachgruppen ermöglichten direkte Kontakte und hätten eine Phase der Verständigung einleiten können.

Die Rahmenbedingungen für diese Veränderungen waren allerdings nicht günstig. In einer Zeit, in der die Industrie zunehmend an Bedeutung verlor und auch die deutschsprachigen SüdtirolerInnen verstärkt aus dem Bereich der Landwirtschaft in den tertiären Sektor überwechselten, bekam die Anwendung des ethnischen Proporztes zunehmend den Charakter eines Verteilungs- und Konkurrenzkampfes um Arbeitsplätze und soziale Ressourcen.

Der öffentliche Dienst, bis dahin Domäne der ItalienerInnen in Südtirol, wurde nun auch für deutsch- und ladinischsprachige SüdtirolerInnen attraktiv. Dazu kam die Forderung nach dem Zweisprachigkeitsnachweis als Voraussetzung für den Zugang zu den öffentlichen Stellen [Abb. 82]. Der Erwerb des „patentino“ war für viele SüdtirolerInnen – und für die Italienischsprachigen meist noch mehr – eine große Hürde und ließ insgesamt die Zweisprachigkeit eher zur lästigen Pflicht als zur positiven Chance werden. Das Gefühl vieler ItalienerInnen insbesondere in Bozen ihre traditionellen Sicherheiten zu verlieren und zu einer

schutzbedürftigen Minderheit innerhalb des Landes zu werden, wurde durch die Ergebnisse der Sprachgruppenzählung von 1981 verstärkt. Laut der abgegebenen Erklärungen hatte nämlich die italienische Bevölkerung in Bozen im Vergleich zu 1971 um 6.000 Personen abgenommen, während der deutschsprachige Bevölkerungsanteil einen Zuwachs von fast 3.000 verzeichnete. Während die anonyme Sprachgruppenerhebung von 1971 noch rein statistischen Charakter gehabt hatte, bildete die Zählung von 1981 ein zentrales Element für die individuelle Anwendung der inzwischen erlassenen gesetzlichen Bestimmungen im Rahmen des Autonomiestatutes.

Auch in Bezug auf die Baupolitik in Bozen kam es in dieser Zeit wieder zu Polemiken. Wiederholt musste sich die Landesregierung den Vorwurf gefallen lassen, die städtebauliche Ausdehnung Bozens gewaltsam zu behindern und die Ansässigkeit von ItalienerInnen zu erschweren. Alle diese Faktoren bilden den Hintergrund, auf dem der in den Medien so oft zitierte „disagio“ der italienischsprachigen Bevölkerung insbesondere in Bozen zu sehen ist, und der den Erfolg des MSI bei den Gemeinderatswahlen im Mai 1985 (die Partei erhielt die relative Mehrheit von 22,5 %) miterklären kann.

Auf der Suche nach einem eigenen Profil

Mit Beginn der 90er Jahre beginnt für die Entwicklung der Stadt Bozen eine neue Phase. Ein neues Selbstbewusstsein der Stadt drückt sich in der Realisierung verschiedener Großprojekte aus, die auch von der Landesregierung mitgetragen werden. Die Eröffnung verschiedener Museen, die Gründung der Universität Bozen oder der Bau des Stadttheaters sind Zeichen dafür, dass die Stellung Bozens als Landeshauptstadt nunmehr auf breite politische Akzeptanz trifft.

Ebenso scheint innerhalb der Einwohnerschaft Bozens die Identifikation mit der Stadt gewachsen zu sein, auch wenn nach wie vor einige Probleme ungelöst sind. Probleme, die letztlich auch aus der komplizierten Geschichte der Stadt herrühren.

– So wird nach wie vor die fehlende Kohäsion der Stadt beklagt: Es gibt Versäumnisse und Defizite in der organischen Entwicklung der Stadtviertel einerseits und dem Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie andererseits. Touristen und NichtboznerInnen kennen meist nur einen kleinen Ausschnitt von Bozen und zwar nicht den, der die Realität der Bevölkerungsmehrheit widerspiegelt.

– Obwohl die Bevölkerung Bozens momentan nicht wächst, gibt es doch einen steigenden Bedarf an Wohnraum. Das Problem der Stadterweiterung war in Bozen immer schon ein sehr sensibles Feld und ist es bis heute geblieben. Gerade in Bozen mit seinem ländlichen Umfeld ist es sehr schwierig und gleichzeitig sehr wichtig eine Ausfransung der Stadtgrenze zu verhindern und erkennbare Trennlinien zwischen Stadt und Land zu schaffen.

– Ein offener Umgang mit der eigenen faschistischen Vergangenheit hat in Bozen nur in Ansätzen und sehr verspätet stattgefunden, obwohl die Stadt sowohl für den italienischen Faschismus wie auch für den Nationalsozialismus von großer Bedeutung war. Eine Aufarbeitung und Vermittlung der Geschichte des Polizeilichen Durchgangslagers in der Reschenstraße wurde in den letzten 10 Jahren begonnen. Die Historisierung der faschistischen Vergangenheit wird zunehmend als wichtiger Beitrag für die Normalisierung des Verhältnisses zwischen den in Bozen lebenden Sprachgruppen verstanden und in Angriff genommen.

– Bozen wurde in den letzten Jahren wieder zum Ziel von Einwanderung und entwickelt sich immer mehr in Richtung einer multikulturellen Realität. Diese neuerliche Zuwanderung von Menschen (auch aus nicht EU-Ländern) stellt sowohl die Verwaltung als auch die Bevölkerung der Stadt vor neue Herausforderungen und Aufgaben, die noch bei weitem nicht als gelöst angesehen werden können. An den Rändern der Stadt sind Barackensiedlungen mit Notunterkünften entstanden, die den dort lebenden Menschen und ihren Bedürfnissen nicht gerecht werden. Diese prekäre Situation führt auch zu vielfältigen sozialen Problemen. Die Integration dieser neuen Bevölkerungsgruppen ist eines der zentralen Probleme für die Zukunft.

– Nicht zu vergessen schließlich sind die beiden Problembereiche Umwelt und Verkehr, die wiederum in der Landeshauptstadt ganz besonders spürbar sind und zu den politischen Dauerthemen der letzten 10 Jahre gehören. Seit den 80er Jahren hat sich der Trend verstärkt, den Wohnsitz von Bozen in eines der umliegenden Dörfer zu verlegen. Eine hohe Pendlerrate ist aber nicht nur eine ökologische Belastung, sondern trägt auch zur sozialen Verarmung der Stadt bei. Auch in dieser Hinsicht werden Lösungen nur in Diskussion und Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung und Verwaltung der Stadt zu realisieren sein, um Bozen zu einer lebens- und liebenswerten Stadt zu machen.

LITERATUR

- ACHENBACH H., Bozen. Raumgliederungsdynamik und Raumgliederung einer zweisprachigen Stadt, in: *Die Erde*, 106 (1975), S. 151.
- AGOSTINI P., *La convivenza rinviata*, Bolzano 1985.
- ALCOCK E., *Geschichte der Südtirolfrage. Südtirol seit dem Paket*, Wien 1982.
- AUTONOME PROVINZ BOZEN – ASTAT, *40 Jahre Bautätigkeit in Südtirol 1954–1997*, (ASTAT-Schriftenreihe 64), Bozen 1999.
- BASILICO G., *Bolzano Ovest Bozen West*, Ausstellungskatalog 15. September – 1. Oktober 2000, Milano 2000.
- BAUMGARTNER E., MUMELTER G., MAYR H., *Feuernacht. Südtirols Bombenjahre. Ein zeitgeschichtliches Lesebuch*, Bozen 1992.
- BENEDIKTER R., *Die Erfolge des Movimento Sociale Italiano (M.S.I.–D.N.) bei den Gemeinderatswahlen vom 12. Mai 1985 – Ursachen, Bedingungen, Auswirkungen, in Nationalismus und Neofaschismus in Südtirol*, Wien 1987.
- BERGHOLD J., *Italien-Austria. Von der Erbfeindschaft zur europäischen Öffnung*, Wien 1997.
- Bolzano 1948–1952. Una città risorge*, hg. von Gemeinde Bozen, Bolzano 1952.
- Bolzano-Bozen. 1961–1964*, hg. von R. Germiniasi, Bozen 1965.
- Bolzano/Bozen 1945–1985. Stadt im Wandel. Una città che cresce*, hg. vom Urbanistikassessorat, Bozen 1985.
- Bolzano-Bozen. Ideen für eine neue Identität. La città del futuro*, (Atti del 1. Convegno internazionale sui problemi della città. Akten der 1. Internationale Tagung über die Probleme der Stadt, Bozen, Schloss Maretsch 6., 7., 8. April 1989), Bozen 1990.
- Bozen 1953–1956. Weiterer Aufstieg*, hg. vom Presseamt Bozen, Bozen 1957.
- Bozen 80. 5 Jahre im Dienste der Stadt*, hg. von Gemeinde, Bozen 1980.
- CAGNAN P., *Frammenti di storia della comunità italiana in Alto Adige*, Bolzano 2001.
- La casa a Bolzano. La questione delle abitazioni e la lotta dei proletari a Bolzano e nel Sudtirolo*, hg. von Commissione Lotte Sociali di Lotta Continua, Bolzano 1976.
- CHRISTL O., *Kritische Untersuchungen über die Industriezone in Bozen unter besonderer Berücksichtigung des Standortproblems*, Diplomarbeit, Innsbruck 1963.
- DI GÈSARO P., MARCHETTI B., *Bozen, europäische Stadt*, Bozen 1998.
- Fabbisogno di abitazioni nel Comune di Bolzano al dicembre 1961*, (Ripartizione VII – centro studi), hg. von Gemeinde Bozen, Bozen 1962.
- Fabbisogno di abitazioni nel Comune di Bolzano, al dicembre 1981*, hg. von Gemeinde Bozen, Bozen 1982.
- FALCH S., *Südtiroler Arbeitsmigration der 50er und 60er Jahre*, in: *Zeitgeschichte*, 27 (2000) 5, S. 109–122.
- GATTERER C., *Im Kampf gegen Rom. Bürger, Minderheiten und Autonomien in Italien*, Wien-Frankfurt–Zürich 1968.
- EGGER K., *Mehrsprachige Stadt Bozen. Der Mehrsprachigkeit einer Stadt auf der Spur*, in: *Flersprachigheits dimensionen*, hg. von H. Kjell u. A., University of Vaasa, o. J.
- HEISS H., „*Bewegte Gesellschaft: Südtirol 1968*“, in: *Geschichte und Region/Storia e regione*, 7 (1998), S. 57–100.
- HEISS H., *Gelungene Pazifizierung? Die Stadt Bozen/Bolzano im Spannungsfeld nationaler und kultureller Auseinandersetzungen 1919–1999*, in: *Grenzkultur – Mischkultur? (Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung 35)*, hg. von R. Marti, Saarbrücken 2000, S. 209–242.
- HILLEBRAND L., *Medienmacht und Volkstumspolitik. Michael Gamper und der Athesia Verlag*, Innsbruck–Wien 1996.
- LANGER A., *Aufsätze zu Südtirol – Scritti sul Sudtirolo 1978–1995*, hg. von S. Baur, R. Dello Sbarba, Meran 1995.
- Le piace Bolzano?*, in: „*Lecture trentine e altoatesine*“, 28/29, Trento, Dezember 1982.
- LECHNER S., *Rückoption und Rücksiedlung nach Südtirol*, in: *Die Option. Südtirol zwischen Faschismus und Nationalsozialismus*, hg. von K. Eisterer, R. Steininger, Innsbruck 1989, S. 365–384.
- LEIDLMAIR A., *Bevölkerung und Wirtschaft seit 1945*, in: *Südtirol eine Frage des europäischen Gewissens*, hg. von F. Huter, München 1965.
- MEZZALIRA G., „*Der ethnisch fremde Süden*.“ *Die italienischen Einwanderer in der Nachkriegszeit*, in: *Nie nirgends daheim. Vom Leben der Arbeiter und Arbeiterinnen in Südtirol*, Bozen 1991, S. 201–215.